

Eingegangen
9. DEZ. 1997
8:45 Uhr

TOP 50

CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
F.D.P.-Fraktion

Antrag zur Stadtratssitzung
am 17.12.1997

Antrag/Akt. Nr. 234/1997

Mainz, 5.11.1997

Zukunftsinitiative Mainz - Lokale Agenda 21

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Mainz erkennt das Prinzip der Nachhaltigkeit, wie es in der Agenda 21 formuliert wurde, als Leitbild für die Entwicklung der Stadt Mainz an. Die Verwaltung wird beauftragt, in den nächsten 18 Monaten unter breiter Beteiligung der Bevölkerung eine lokale Agenda 21 zu erarbeiten und in Form einer Übersicht die auf diesem Gebiet bereits bestehenden Aktivitäten der Stadt Mainz darzustellen. Ziel sind die Bündelung und Ergänzung existierender lokaler Aktivitäten in einem Handlungsprogramm für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Mainz.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, in seiner Funktion als Stadtentwicklungsdezernent die Koordination der Aktivitäten zur Erfüllung der in der Agenda 21 angestrebten Ziele zu übernehmen. Dabei sind die Zusammenarbeit mit dem "Forum Umwelt und Entwicklung Mainz" und eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit anderen Städten bzw. Städtenetzwerken Kontakt aufzunehmen, um anhand der Erfahrungen anderer Kommunen den Lokale-Agenda-Prozess in der Stadt Mainz zu optimieren.

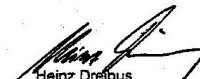
Begründung:

Bei der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Juni 1992 ist in Rio de Janeiro auch von der Bundesrepublik Deutschland die "Agenda 21", das Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, unterzeichnet worden. Ziel der Agenda 21 ist eine "globale Partnerschaft, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist" (aus der Präambel der Agenda 21). Der Begriff der Nachhaltigkeit umfaßt dabei im wesentlichen vier Dimensionen:

- soziale Verteilungsgerechtigkeit und Gleichberechtigung
- ökonomische Nachhaltigkeit
- ökologische Tragfähigkeit
- die Berücksichtigung des Bedarfs zukünftiger Generationen

In der Agenda 21 wird auch die direkte Beziehung zwischen dem kommunalen Handeln vor Ort und seinen globalen Auswirkungen auf Umwelt und Entwicklung unterstrichen. Deshalb werden im Kapitel 28 ("Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21") die Kommunen aufgefordert, mit ihren Bürgerinnen und Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft in einen Dialog einzutreten und eine "kommunale Agenda 21" zu beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses sollen die Kommunen von ihren Bürgerinnen und Bürgern lernen und die erforderlichen Informationen für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien erlangen. Durch den Konsultationsprozeß soll zudem das Bewußtsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft werden.

Gerade in der momentan angespannten Finanzsituation sollte dieser Prozeß als zukunftsorientierter politischer Auftrag gefaßt werden, der ein nachhaltiges wirtschaftliches, soziales und ökologisches Wohlergehen aller Mainzerinnen und Mainzer in der zusammenwachsenden Weltgemeinschaft des 21. Jahrhunderts sichert. Alle kommunalen Entscheidungen sollen deshalb verstärkt unter Beteiligung aller Bevölkerungs- und Interessengruppen gefällt und in globale Zusammenhänge gestellt werden.


Heinz Dreibus
Fraktionsvorsitzender


Günter Beck
Fraktionssprecher


Kurt Merkator
Fraktionsvorsitzender


Dr. Wolfgang Peterit
Fraktionsvorsitzender